

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP
— Drucksachen 11/4445, 11/4581 —

Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Europaabgeordnetengesetzes

Bericht der Abgeordneten Borchert, Frau Seiler-Albring, Esters
und Kleinert (Marburg)

Mit dem Gesetzentwurf ist beabsichtigt, die zeitliche Begrenzung der Geltungsdauer der Leistungen nach dem Dritten Abschnitt des Europaabgeordnetengesetzes aufzuheben. Nach § 15 Abs. 2 des Europaabgeordnetengesetzes gilt der Dritte Abschnitt bis zum Inkrafttreten einer europäischen Entschädigungsregelung, längstens jedoch bis zum Ablauf der zweiten Wahlperiode des Europäischen Parlaments. Eine europäische Entschädigungsregelung wird jedoch bis zum Ende der zweiten Wahlperiode nicht getroffen werden.

Damit sind auch die Kosten der Leistungen an die Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland sowie an ehemalige Mitglieder und ihre Hinterbliebenen weiterhin aus dem Bundeshaushalt zu übernehmen.

Die Ausgaben für das laufende Haushaltsjahr in Höhe von insgesamt 12,494 Mio. DM sind bei Kapitel 02 05 des Bundeshaushalts veranschlagt.

Nach Wegfall von Zahlungsüberschneidungen und besonderen Versorgungsausgaben für ausscheidende Mitglieder des Europäischen Parlaments im Wahljahr werden die Gesamtausgaben des Kapitels 02 05 ab 1990 rund 11,7 Mio. DM betragen.

Die Ausgaben sind in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes enthalten.

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht wird unter dem Vorbehalt erteilt, daß der federführende Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung keine haushaltswirksamen Änderungen empfiehlt.

Bonn, den 10. Mai 1989

Der Haushaltsausschuß

Walther

Vorsitzender

Borchert

Berichterstatter

Frau Seiler-Albring

Esters

Kleinert (Marburg)

